

Familienministerin Plakolm löst Empörung über Trans-Rechte aus!

HOSI Wien kritisiert Claudias Plakolms Äußerungen zu Altersgrenzen für geschlechtsangleichende Maßnahmen, fordert Selbstbestimmung.



Wien, Österreich - Am 18. Juli 2025 äußerte sich die HOSI Wien kritisch zu den Aussagen von Familienministerin Claudia Plakolm, die eine Altersgrenze von 25 Jahren für geschlechtsangleichende Maßnahmen vorgeschlagen hat. Ann-Sophie Otte, die Obfrau der HOSI Wien, reagierte entsetzt und erklärte, dass solche Maßnahmen medizinische Entscheidungen sind, die von Fachärzt*innen und den betroffenen Personen selbst getroffen werden sollten. Eine Altersgrenze würde das Selbstbestimmungsrecht sowie die medizinische Versorgung von trans Personen erheblich einschränken. Diese Position verstößt gegen internationale Standards, einschließlich der Empfehlungen der Weltgesundheitsorganisation und der Europäischen Menschenrechtskonvention, wie **ots.at** berichtet.

Otte kritisierte, dass Plakolm selbst mit 22 Jahren in den Nationalrat eintrat und dort Entscheidungen über die Bevölkerung traf. Ihrer Meinung nach spricht die Ministerin jungen Menschen die Fähigkeit ab, eigenverantwortlich über ihren Körper und ihre Identität zu entscheiden. Sie bezeichnete diese Haltung als diskriminierend und gefährlich. Die HOSI Wien fordert die Bundesregierung auf, sich von Plakolms Aussagen zu distanzieren und Verantwortung für den Schutz und die Rechte junger trans Menschen zu übernehmen.

Globale Perspektiven zur Transgender-Versorgung

In einem umfassenden Bericht von Human Rights Watch wird die kritische Situation transgender Jugendlicher in den USA beleuchtet. Seit 2021 haben 25 Bundesstaaten Gesetze erlassen, die geschlechtsangleichende Versorgung verbieten. Diese Gesetzgebung schränkt evidenzbasierte Behandlungen ein und führt zu gravierenden psychischen Problemen, wie Angstzuständen und Depressionen, bei betroffenen Jugendlichen. Über 100.000 transgender Jugendliche leben in diesen Bundesstaaten, in sechs davon ist selbst die medizinische Versorgung strafbar. Der Bericht dokumentiert zudem die Schwierigkeiten, die Familien haben, um Zugang zu medizinischer Versorgung zu erhalten [a href=https://www.hrw.org/de/news/2025/06/03/usa-verbote-geschlechtsangleichender-versorgung-verheerend-fuer-transgender](https://www.hrw.org/de/news/2025/06/03/usa-verbote-geschlechtsangleichender-versorgung-verheerend-fuer-transgender)>verliert.

So müssen viele Familien oftmals in andere Bundesstaaten reisen, um die benötigten Behandlungen zu erhalten. In Texas wird geschlechtsangleichende Versorgung als „Kindesmissbrauch“ eingestuft, was die Betroffenen dazu zwingt, Gesundheitsdienste zu meiden. Wichtige medizinische Organisationen unterstützen jedoch weiterhin den Zugang zu evidenzbasierter, entwicklungsgerechter Betreuung und betonen die internationale Verpflichtung der USA, die Rechte von transgender Jugendlichen zu schützen.

Der Ruf nach Selbstbestimmung

In Deutschland wird ein dringender Bedarf an einem Selbstbestimmungsgesetz für trans Personen erkannt. Laut Amnesty International ist eine staatliche intervention zur Beendigung der gesellschaftlichen Diskriminierung von trans Personen erforderlich. Der Gesetzentwurf soll psychologische Zwangsbegutachtungen abschaffen und es Menschen ermöglichen, selbst zu bestimmen, wer sie sind. Trotz dieser Fortschritte gibt es weiterhin besorgniserregende Passagen im Gesetzentwurf, die als hinderlich wahrgenommen werden könnten. In Ländern, die Selbstbestimmungsgesetze eingeführt haben, wurde jedoch kein Missbrauch festgestellt, was die Dringlichkeit solcher Maßnahmen unterstreicht, wie **amnesty.de** berichtet.

Die Herausforderungen im Umgang mit Transidentitäten sowie die Notwendigkeit von Schutzmaßnahmen und Aufklärungsprogrammen sind in vielen Bereichen der Gesellschaft wichtig. Insbesondere trans Frauen und nicht-binäre Personen sind häufig Opfer von Diskriminierung und Gewalt, wenn sie nicht den etablierten Geschlechterstereotypen entsprechen. Um die Identität von trans Personen zu respektieren und zu fördern, ist eine tiefgreifende gesellschaftliche Aufklärung und Sensibilisierung erforderlich.

Details	
Vorfall	Diskriminierung
Ort	Wien, Österreich
Quellen	• www.ots.at • www.hrw.org • www.amnesty.de

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at